



## Staatsministerin Özoguz zur heutigen Sitzung der Deutschen Islam Konferenz

Staatsministerin Özoguz zur heutigen Sitzung der Deutschen Islam Konferenz  
Zur heutigen Sitzung der Deutschen Islam Konferenz erklärt Staatsministerin Aydan Özoguz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: "Im Mittelpunkt der Deutschen Islam Konferenz steht heute das Thema Wohlfahrtspflege. Die islamischen Träger und Gemeinden müssen besser in die Strukturen der Wohlfahrtspflege eingebunden werden. Die weitere interkulturelle Öffnung ist das Gebot der Stunde. Denn noch immer sind zum Beispiel die Alten- und Pflegeheime nicht vollständig auf muslimische Senioren eingestellt." Bei der Deutschen Islam Konferenz sind natürlich auch die niederträchtigen Anschläge von Paris Thema. Wir sind alle gefordert, unsere Werte gegen diese Terroristen zu verteidigen. Wir stehen für die offene, freie Gesellschaft. In unserem Land gibt es keinen Platz für Hass, Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus. Es ist wichtig, dass die muslimischen Gemeinden dies in ihrem Aufruf bei der Islam Konferenz klarstellen. Die überwältigende Mehrheit der Muslime lebt vollkommen friedlich in unserem Land und sie dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden."   
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
Dorotheenstr. 84  
10117 Berlin  
Telefon: 030 18 272-0  
Telefax: 030 18 10 272-0  
Mail: internetpost@bundesregierung.de  
URL: <http://www.bundesregierung.de/>

### Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)

### Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".